



Wer verdient warum wie viel?

Gegen den Moralismus in der Einkommensfrage

Die Ideologie von den gerechten Einkommensunterschieden

Ein Bandarbeiter verdient weniger als ein Geschäftsführer, der Amtsleiter mehr als seine Sekretärin, ein Bankier in einem durchschnittlichen Jahr mehr als ein durchschnittlicher Facharbeiter im ganzen Leben.

Warum ist das so?

Weil sich das doch von selbst versteht. Weil es sich so gehört. Weil zu jedem Job irgendwie die passende Vergütung gehört. Weil nicht alles über einen Kamm geschoren werden darf. Das weiß ein jeder, der in der sozialen Marktwirtschaft zuhause ist – egal mit welchem Einkommen er sich darin einzurichten hat. Alles andere als Einkommensunterschiede wäre Gleichmacherei, also unangemessen und gar nicht in Ordnung.

Trotzdem: Was wäre eigentlich schlimm an dieser Sorte Gleichmacherei? Dass alle, die ihren Berufsalltag erledigen, anschließend gleichermaßen was vom Leben haben: Warum ist das undenkbar und wäre ungehörig? Oder andersherum: Ist das nicht ein bemerkenswertes Eingeständnis, wenn sich niemand die soziale Marktwirtschaft ohne Einkommensunterschiede vorstellen kann, die immerhin darüber entscheiden, ob das Leben sich einigermaßen lohnt oder nicht? Dass die Berufstätigkeit einen gescheiterten Lebensunterhalt abwirft, gilt für die wenigsten; die meisten müssen sich mit Bruchteilen dessen begnügen, was die Bessergestellten so haben und brauchen. Und das soll ohne jede Frage in Ordnung gehen?

Ganz so ist es doch auch wieder nicht gemeint. Dass Armut und Wohlstand, freier Zugriff auf die in der Welt produzierten sachlichen Reichtümer und Ausschluss davon, notwendigerweise zu unserem unschlagbaren Wirtschaftssystem dazugehören: Das will so keiner behauptet haben; das wäre ja fast schon Systemkritik. Die Idee ist, dass es *passt*, nämlich das Geldeinkommen zum Beruf. So als würde an die verschiedenen Tätigkeiten ein und dieselbe Messlatte mit Tausendern pro Monat angelegt, und dann hört die eine Tätigkeit beim zweiten Tausender auf, während die andere beim zwanzigsten oder zweihundertsten überhaupt erst anfängt. Einkommensunterschiede gehen nicht einfach so in Ordnung, sondern weil sie *gerecht* sind. Wie es in der doppelten Bedeutung von ‚verdienen‘ schon enthalten ist: Einkünfte beziehen – *der* Verdienst – und ein Anrecht darauf haben – *das* Verdienst – gehören zusammen. Und zwar nach allgemeiner Auffassung so, dass das Einkommen sich nach den Verdiensten eines Menschen richtet und nicht etwa umgekehrt.

Zumindest im Prinzip. Denn in der wirklichen Berufswelt kennt ein jeder, wenn es drauf ankommt, jede Menge Fälle, in denen die Gleichung zwischen moralischem Verdienst und finanzieller Vergütung schon mancher als Skandal. Auch wenn erfolgreiche Fußballgrößen in einer Saison mehr verdienen als ein erfolgreicher Bundeskanzler in einer Legislaturperiode, wird für manchen dasselbe Maß ein wenig fraglich, mit dem da gemessen worden sein soll. Und vielleicht traut sich sogar der eine oder andere die Überlegung, nach welchem Recht eigentlich ein erfolgreicher Hilfsarbeiter in seinem ganzen Leben nicht so viel zusam-

menbringt, obwohl die Kontischicht im Stahlwerk doch auch so ihre Verletzungsrisiken und Konditionsprobleme mit sich bringt...

So eine Überlegung ist zwar schon wieder gar nicht so üblich. Denn mit so großen Tieren wie Fußballern oder Bundeskanzlern vergleicht sich ‚der kleine Mann‘ in der Regel erst gar nicht; dass für die Reichen andere Maßstäbe gelten, ist dann doch wieder nur allzu klar. Aber auch daraus lässt sich ja einmal ein anderer Schluss ziehen als der, dass bei den Großverdienern offenbar ganz andere, höhere Verdien-

lieren Unternehmen mit einem notwendigen Kostenfaktor ihres Geschäfts –; für Einnahmen aus Grundbesitz gilt ein eigenes Sachgesetz, für die Einnahmen von Fußballstars ein anderes und für Arzthonorare wieder ein anderes. Nur eins herrscht ganz sicher nicht: ein einheitlicher Maßstab, nach dem – ‚irgendwie‘ – alle *tatsächlich* verdienten Einkommen *moralisch* verdient wären oder sein müssten.

Trotzdem: So sieht es kaum einer. Gerade unter denen, die gar nichts davon haben, weder von der herrschenden Einkommensverteilung noch von dem Glauben an eine dahinter waltende Gerechtigkeit, ist eine verkehrte Deutung ihrer bescheidenen Lage viel beliebter. Da hält man sich an die Annahme, der Maßstab einer gerechten Einkommensverteilung sei bis-

de es jede Armut rechtfertigen und die vielen Stufen von Reichtum gleich mit dazu, heißt ‚*Leistung*‘. Sie ‚muss sich lohnen‘, erklärt z.B. die deutsche Regierung mit großem Nachdruck. Sie spricht damit den Gewerkschaften aus der Seele, die meinen, die ‚*Leistung*‘ ihrer Mitglieder an den Arbeitsplätzen der Nation berechtigt zu einem ‚Schluck aus der Pulle‘; aber ebenso der Mittelstandsvereinigung, die mit derselben Begründung vor einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes warnt; und ebenso überhaupt jedem, der einen guten Grund dafür wissen will, warum Einkommensunterschiede sein müssen.

So viel Übereinstimmung spricht gegen dieses Kriterium. Sie kann nämlich nur daran liegen, dass sich dabei das Verschiedenste denken lässt – nur nichts Richtiges.

Ist vielleicht die Anstrengung gemeint, die eine Arbeit erfordert? Das Maß, in dem sich einer verausgabt? ‚Arbeit pro Zeit‘, ganz im Sinne der physikalischen Definition von Leistung? Das wäre ja immerhin eine brauchbare Bestimmung, um schwerere von leichteren Arbeiten zu unterscheiden. Nur: Mit *der* ‚*Leistung*‘, die ‚sich lohnen soll‘, hat Leistung in diesem Sinn überhaupt nichts zu tun. Man braucht für diese Einsicht gar nicht in die Extreme zu gehen und die Frage aufzuwerfen, ob sich denn ein Staatssekretär zehnmal soviel Mühe gibt wie der Lackierer einer deutschen Autofirma, oder ob sich ein Spitzensportler tatsächlich 100-mal mehr anstrengt als eine Spitzen-Putzfrau mit 50-Stunden-Woche. Es ist doch auch schon sehr fraglich, ob sich ein normaler Techniker, der auf dem Bildschirm oder auf Millimeterpapier ein Werkstück entwirft, gründlicher verschleißt als der Hilfsarbeiter, der tagaus tag-ein, 40 Stunden die Woche, die entsprechenden Stücke zusammenschraubt.

Aber im Ernst mag das sowieso niemand nachprüfen. Es reicht in der Regel, auf eine allgemein bekannte Tatsache zu verweisen: dass oft genug der eine mehr wegschafft als der andere und damit – eigentlich oder wirklich – auch mehr Geld verdient hat. Dabei weiß andererseits auch schon wieder jeder, dass der schnellere Arbeiter die Sache gar nicht unbedingt gleich gut erledigt und es auch noch gar nicht ausgemacht ist, ob Fleiß sich wirklich auszahlt; und vor allem: dass solche Unterschiede überhaupt nichts mit den wirklich interessanten Einkommensunterschieden zu tun haben, die sich nämlich gar nicht zwischen flotten und saumseligen Vertretern desselben Berufes auf-tun, sondern zwischen unterschiedlichen Jobs: *Da* sollen die entscheidenden Leistungsunterschiede vorliegen, die unbedingt nach unterschiedlich hohen Einkommen verlangen.

Und welche Leistungsunterschiede sollen das sein? Der marktwirtschaftliche Sachverstand hält sich da gerne an der Vorstellung fest, ein Techniker oder auch ein Sachbearbeiter oder sogar ein Staatssekretär, der lauter wichtige Dinge entscheiden darf, sei *umfassender* gefordert, müsse edlere Teile als die Muskeln anstrengen, den Kopf zum Beispiel, und auf diese Weise mehr von seiner geschätzten Person verausgaben; insofern werde in deren Büros – nicht einfach etwas anderes, sondern – *mehr* geleistet als im Werkstatt-Dreck. Gewissermaßen so, als würde durch Jobs der niederen Sorte gar nicht der ganze Kerl bzw. die ganze Frau gefordert, sondern nur ein kleiner Teil in Anspruch genommen, und der Rest, der Verstand zum Beispiel, könnte unterdessen treiben, was er will.

Und: Ist es wenigstens so ähnlich? Immerhin, ein so fachkundiger Verein wie die Gewerkschaft scheint es so zu sehen. Sie tut ihr Bestes, um Lohnabstufungen ausarbeiten zu helfen, die eine beschränktere und borniertere Tätigkeit als eine geringere Leistung interpretieren und deswegen auch bei der Lohnabrech-

VORTRAG & DISKUSSION

Gegen den Moralismus in der Einkommensfrage

Wer verdient warum wie viel?

Veranstalter, Referenten: **farbeROT**

FRANKFURT: Mittwoch, 22.11.2017, 19 Uhr
Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69
nähe Hbf., Zugang über den Hof

MARBURG: Dienstag, 28.11.2017, 19 Uhr
Kulturladen KFZ, Biegenstraße 13

Eintritt frei!

ste anfallen als bei denen, die mit wenig Geld passend bedient sein sollen. Vielleicht ist es ja tatsächlich so, dass die Gerechtigkeit, dieser hohe Wert, überhaupt nicht zuständig ist, wenn es um unterschiedliche Einkommen geht. Dass es gar kein gemeinsames Maß gibt, nach dem Hilfsarbeiter, Fußballer, Grundbesitzer, Politiker usw. ausbezahlt werden. Und womöglich ist ja der Grund, aus dem ein Arzt mehr einstreicht als seine Helferin und ein Unternehmer ein ganz anderes Einkommen hat als sein Lagerverwalter – Unterschiede, die allgemein für fraglos passend gehalten werden –, überhaupt kein bisschen besser als der Grund, aus dem Wohnungsmakler reich werden und Müllmänner arm bleiben.

Wer irgendwo anfängt, sich über die eigentümliche Einkommensverteilung in der bürgerlichen Welt zu wundern, hat jedenfalls ein gutes Hilfsmittel, um sich über die Prinzipien Klarheit zu verschaffen, die da am Werk sind. Das Mittel sitzt bei ihm im Kopf und fängt vielleicht mit dem Verdacht an, dass die Unterschiede zwischen den verschiedenen beruflichen Tätigkeiten schon den *Grund* für die höchst unterschiedlichen Einkommen enthalten, aber keinen *guten*. Tatsächlich gibt es ja keine Instanz auf der weiten Welt, die jemals ermittelt oder auch nur ermitteln könnte, wie viel Geld oder Geldsorgen zu dem einen und dem anderen Beruf passen. Die wirkliche Geldverteilung regeln *ökonomische* Notwendigkeiten und *politisch beschlossene* Sachzwänge. Da herrscht bei der Besoldung von Staatsdienern der eine Grundsatz – der hat viel mit der Macht zu tun, über die sie gebieten – und bei der Entlohnung von Arbeitern ein anderer – da kalku-

weilen verrutscht, so dass die Falschen zu viel kriegen und man selbst zu wenig – nicht zu wenig für ein anständiges Leben ohne Sorgen, sondern im Vergleich. Ganz Radikale trauen sich sogar den Verdacht, der Maßstab sei vielleicht falsch geeicht, deswegen lasse die gerechte Verteilung insgesamt dauernd zu wünschen übrig. Der Vorwurf ‚ungerecht‘ ersetzt dann jede Erklärung: Unverwundlich wird an einen Maßstab geglaubt, der in der Realität bloß durch Abwesenheit glänzt; um so mehr gilt er eben *eigentlich, sollte* gelten, wo er schon nicht gilt.

Und: Was gilt da oder sollte wenigstens gelten? Welche beruflichen Verdienste misst die vorgestellte ideale Messlatte, auf der die Tausender pro Monat eingetragen sein sollen und bei deren wirklicher Anwendung dauernd der entscheidende Unterschied herauskommt zwischen Berufen, die das Leben lohnend machen, und solchen, die nach der Arbeit lauter Geldnöte bescheren? *Womit* sollen Armut und Wohlstand übereinstimmen, damit sie – wenigstens ‚im Prinzip‘ – in Ordnung gehen?

Da fallen einem jeden, auch jedem Kritiker der herrschenden Einkommens(un)gerechtigkeit, immer bloß dieselben drei oder vier Gesichtspunkte ein, die nach herrschender Lehre schon längst gründlich beherzigt werden in unserer – deswegen so genannten – ‚*Leistungsgesellschaft*‘. Und die allesamt nicht bloß unzutreffend, sondern auch ein wenig verlogen sind.

Von wegen Leistung

Das Kriterium der gerechten Geldzuteilung, auf das alle Welt unablässig pocht, als wür-

nung schlechter stellen. Nur weiß auch wieder ein jeder, dass diese Sorte Gerechtigkeit auf alles andere als einen Lastenausgleich nach dem Motto ‚Mehr Geld für mehr Schinderei!‘ hinausläuft. Im Gegenteil: Nie wird der Mensch so vollständig strapaziert wie durch Arbeiten, die ihn vereinsamen und auf etwas total Borniertes beschränken; nichts macht einen so komplett fertig wie die dauernde Beanspruchung immer derselben Körperkräfte und die stumpfe Konzentrationsleistung darauf, das hinzukriegen und auszuhalten. Dass es dafür weniger Geld gibt statt mehr, das bringt zwar durchaus eine marktwirtschaftliche Ordnung in die Welt der schlechteren Berufe, nur eben gar nicht nach dem Grundsatz einer Berücksichtigung von und Entschädigung für Belastungen. Im Gegenteil: Das gewerkschaftliche Engagement für genau zugeschnittene Entlohnungen stellt auch noch in dieser Abteilung der Berufswelt eine *Hierarchie* der beruflichen Tätigkeiten her: Es sind gerade die vergleichsweise angenehmeren Arbeiten und leichter auszuhaltenden Anstrengungen, die vergleichsweise besser bezahlt werden, und umgekehrt – anders käme ja auch nie eine richtige Karriereleiter zustande. Wenn jeder berufliche ‚Aufstieg‘ weg von der Schinderei, die Körper und Verstand ruiniert – den Körper durch einseitigen und den Verstand durch Nicht-Gebrauch –, nach dem Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit weniger Geld brächte – nach welcher Umrechnungstabelle auch immer! –, dann bliebe von der Vielfalt der Berufstätigkeiten ja tatsächlich bloß eine Vielfalt übrig und gar nicht die bekannte sinnreiche Ordnung, in der ‚unten‘ und ‚oben‘ so schön eindeutig und gar nicht zu verwechseln sind: wenige lohnende Jobs am einen Ende der Skala und am anderen die schlechten Massenberufe mit den schlechten Masseneinkommen.

Es mag also mancher an seine Strapazen denken, an seinen Verschleiß durch die Arbeit, wenn er hört, dass ‚Leistung sich lohnen‘ soll; aber da täuscht er sich. Die hierarchische Ord-

nung, die bei der Erledigung eines Jobs zum Einsatz gelangen. Es gibt sie also gar nicht: *die* ‚Leistung‘, von der der eine mehr und der andere weniger erbringt in seinem Beruf und nach deren Maß das Einkommen bemessen wäre – das wird immerhin eingeräumt, wenn hohe und niedrige Einkommen mit dem Hinweis gerechtfertigt werden, in verschiedenen Berufen würde schließlich ganz *Unterschiedliches* verlangt, und der Inhaber besserer Positionen müsste Dinge beherrschen, die ein anderer nie und nimmer kann.

Der Hinweis selbst ist auch gar nicht zu streiten: Ein Ingenieur verfügt über wissenschaftliche Kenntnisse, von denen ein Bandarbeiter nichts weiß, ein Chirurg beherrscht Handgriffe, die ein Pfleger nicht drauf hat. Aber das gilt freilich auch umgekehrt: Im Akkord Kabelbäume einzuziehen, am Band über Kopf zu arbeiten oder kranke Menschen non-stop rundum zu versorgen und dabei auch am Ende des Tages keinen Fehler zu machen, das verlangt Fertigkeiten, die auch eine Ministerialdirigentin oder ein Zahnarzt gar nicht beherrschen. Die Gliedmaßen entsprechend bewegen, und das eine Schicht lang unter gar nicht gemühtlichen Bedingungen, setzt Geschick, Kraft, Schmerzempfindlichkeit und andere Fähigkeiten voraus, die kaum einer hat, der das nicht täglich fertigbringen muss. Mit den besser bezahlten Fertigkeiten sieht es da oft schon etwas anders aus: Was hohe Staatsfunktionäre, Manager oder Fußballtrainer in Ausübung ihres Berufs als ihre spezielle Fähigkeit unter Beweis stellen – über alles und jedes so daherzureden, dass ‚unser aller Wohl‘ immer den höchsten Gesichtspunkt abgibt; Sprüche von der Art loszulassen, ‚Arbeit muss sich wieder lohnen!‘ oder ‚Wir können nur verteilen, was wir auch erwirtschaftet haben!‘; die Mannschaft erst zu schimpfen und dann aufzumuntern; Löhne zu hoch zu finden und energisch und entschieden Geld anzulegen –, das alles tut jeder durchschnittliche Familienvater und Stammtischbr-

diesen höheren Sphären niemand unersetzlich, am wenigsten die, von denen das nach ihrem Tod behauptet wird; an ihren Todesfällen gehen Staat, Marktwirtschaft, Wissenschaft und Kulturleben nicht zugrunde. Es verhält sich da gar nicht anders als in den niederen Sphären der Berufswelt, wo ebenfalls der Job für Könnertum sorgt – in der Kunst des Aus- und Durchhaltens – sowie für einen entsprechenden Abbau unbenutzter, insofern überflüssiger Fähigkeiten, nicht zuletzt des Kopfes.

Die ganze angebliche Hierarchie beruflicher Fähigkeiten, die doch die Berufs- und Einkommenshierarchie begründen soll, löst sich so in die Banalität auf, dass unterschiedliche Berufe *unterschiedliche* Fähigkeiten verlangen, also auch schaffen. Dass die einen Fähigkeiten ‚höher‘ sind als andere, liegt gar nicht an ihnen, sondern schlicht daran, dass sie zu den besseren Berufen gehören, also angenehmer zu betätigen sind und mehr Einkommen einspielen.

Von wegen Ausbildung

Aber muss man für die höheren beruflichen Fertigkeiten nicht mehr lernen als für die schlichten Jobs? Gelangt denn nicht in den besseren Berufen eine längere Ausbildung zur Anwendung, die erst einmal erfolgreich absolviert sein will? Und muss die denn nicht im späteren Berufsleben entsprechend honoriert werden?

Eine ganze Wissenschaft, die Bildungsökonomie, hat sich dieser netten Vorstellung bemächtigt. Sie hat daraus die Theorie verfertigt, in der Ausbildungszeit würde – und zwar mindestens im Maß der entgangenen Einnahmen, die man stattdessen hätte verdienen können – ein ‚menschliches Kapital‘ angesammelt, das sich dann wie ein Zusatzspargbuch in Form der höheren Einkünfte eines besseren Jobs rentierte oder wenigstens rentieren sollte. Aber es hilft nichts; im Grunde weiß auch das jeder besser: Angeeignetes Wissen und erlernte Fähigkeiten für sich genommen zahlen sich überhaupt nicht aus. Worauf es ankommt, ist das zahlungsfähige Interesse an der Betätigung studierter Köpfe und speziell geschulter Gliedmaßen – also schlicht die Zahl der zu besetzenden Stellen. Die entscheidet darüber, ob die ‚Investition‘ in eine Ausbildung überhaupt für ein Einkommen gut gewesen und irgendeine Qualifikation etwas wert ist oder gleich als Nächstes eine Umschulung ansteht. Und von einer gerechten ‚Rendite‘ auf in Kauf genommene Entbehrungen als Maßstab der Bezahlung kann ohnehin nicht die Rede sein.

Unbestreitbar ist etwas anderes: Eine Karriere hin zu den besser bezahlten Jobs geht in der Regel gar nicht erst los ohne bestandene Prüfungen. Misserfolge in der Schule stellen die Weichen für eine Karriere nach unten, in die Hilfsarbeiter-Berufe; halbe Erfolge eröffnen die kurze Laufbahn, hinein in die mittleren Dienststränge; um an die Spitze zu gelangen, müssen immer wieder einmal Testfragen richtig beantwortet werden, jedenfalls richtiger als von den Mitbewerbern. Das heißt allerdings noch lange nicht, dass ein staatlich geprüftes Wissen und ein durch Zeugnisse beglaubigtes Können die Sache wären, die dann später gewissermaßen in Geld umgerechnet und mit einem höheren Einkommen sachgerecht honoriert würde. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als darum, vorgeschriebene Karrierebedingungen zu erfüllen; Ansprüchen zu genügen, mit denen ein übergeordnetes, fremdes Interesse eine Rangfolge unter Karriereanwärtern herstellt; mehr oder weniger tauglich befunden zu werden für den Einstieg in eine Berufshierarchie, die es schon gibt, und zwar nach ‚Eingangsvoraussetzungen‘, die noch nicht einmal so übermäßig viel mit dem später auszuübenden Beruf zu tun haben müssen. Es ist also gar nicht so, dass Wissen und Können eine bessere Position in der Berufswelt begründen. Umgekehrt: Viele bessere Positionen – noch gar nicht einmal die besten und bequemsten, die kann man sowieso bloß erben, was immerhin auch ein marktwirtschaftliches Berufsbild abgibt! – werden mit Bedingungen ausgestattet, die ein Bewerber erfüllen muss; zu diesen Bedingungen zählen Prüfungen; und zu den Mitteln, diese zu bestehen, gehören entsprechende Kenntnisse und Fertigkeiten.

Natürlich kann man sich auch das noch so zurechtlegen, als ginge es im hierarchisch geordneten Berufsleben letztlich doch bloß darum, innere Werte nach dem Grundsatz der Fähigkeits- und Leistungsgerechtigkeit auch äußerlich zu vergolden: Ist es denn nicht auch eine Fähigkeit, und zwar eine wertvolle, im Ausleseprozess durch Schule und Prüfungen hindurch Erfolg zu haben? Ist es nicht auch eine Leistung, und zwar die entscheidende, eine Karriere hinzukriegen? Spricht das Ergebnis nicht für die wichtigste Tüchtigkeit eines Menschen, nämlich seine Erfolgstüchtigkeit?

Nein, tut es nicht, ist es nicht. Das wissen gerade die im Grunde am besten, die einige Klippen der Auslese erfolgreich überwunden haben. Vor den angestrebten Prüfungen haben sie nämlich Angst, auch wenn sie brav gelernt und sich gewissenhaft vorbereitet haben, und das aus gutem Grund. Denn jedem ist klar, wie sehr es in der Prüfung auf die Gauß'sche Normalquote von Durchfallern und deswegen auf jede Menge Unwägbarkeiten ankommt. Nach bestandener Prüfung verwandeln sich dann die eingeschüchterten Piepsmäuschen, die Beruhigungstabletten schlucken, um an der richtigen Stelle 17+4 zusammenzählen zu können, in selbstsichere Erfolgsmenschen, die gern Anekdoten darüber erzählen, wie locker ihr Examen war und welcher Zufall ihnen zur Seite gestanden hat. Auch das nicht ohne Grund: Prüfungen sind nun einmal nicht dazu da, einen klugen Kopf zu würdigen. Ihr Zweck ist Auslese. Die prüfende Instanz wählt, nach ihren Gesichtspunkten, zwischen den Bewerbern aus, sortiert sie in eine Rangfolge. Die Leistung der Kandidaten besteht darin, sich den vorgegebenen Auswahlgesichtspunkten nach besten Kräften anzupassen – sich und ihren Verstand und, was sie damit treiben, ihren Lernerfolg und ihr Nachdenken. Die prüfende Instanz fällt dann, nach ihrem Bedarf und ihren Gesichtspunkten, die Entscheidung über die Rangfolge in der Konkurrenz der erbrachten Anpassungsleistungen.

Sicher, im Nachhinein baut jeder Konkurrenz den Menschen zum ‚Erfolgstyp‘ auf. Wem eine Karriere gelingt, der ist selber nur allzu geneigt, die Auswahl, die andere zwischen ihm und seinen Mitbewerbern getroffen haben, als seine höchstpersönliche Glanzleistung und als Würdigung seiner inneren Werte anzusehen. Und auch die Umwelt teilt das verkehrte Prinzip dieser Sichtweise, hält Erfolg und Misserfolg in der Konkurrenz von Karrieristen nicht für eben dies, sondern für ein Charaktermerkmal. Deswegen empört sie sich auch stets aufs Neue über eine ungerechte Ausnahme, wenn sie an jedem genauer besichtigten Exemplar der gesellschaftlichen Elite die kleinen Schmierigkeiten, die Begünstigung im Amt oder die Zufälligkeiten aufdeckt, die da einer Karriere auf die Sprünge geholfen haben. Aber gerade dann, wenn die Umwelt und ihr Erfolgsmensch sich einig sind, dass da ein ganz außerordentlicher Fall von Leistungskraft und Fähigkeit vorliegt, beweisen sie das gerade Gegenteil: Sie erschaffen die Charaktermaske eines Konkurrenzenerfolgs. Der eine legt sich die menschlichen Qualitäten zu, von denen er so gerne behauptet, sie hätten ihn zum Erfolgsmenschen aufgebaut und seien der Grund für einen ausgezeichneten beruflichen Rang; und die andern bewundern diese Lüge. Am Ende glauben alle Beteiligten noch an den logischen Zirkel, die besseren Positionen in der Gesellschaft und die dazugehörigen schönen Einkommen seien durch das bestens begründet, was einer anstellen muss, vor allem mit sich, um an diese Posten heranzukommen.

Es hilft bloß nichts: Damit, dass man denen, die eine Karriere geschafft haben, zu ihrem Erfolg gratuliert, sind die Karrierestufen, die Staat und Marktwirtschaft bereithalten, noch kein bisschen erklärt; und auch nicht dadurch, dass die Erfolgreichen sich gerne gratulieren lassen, so als wäre die Einkommenshierarchie und ihre Spitzenstellung darin ihr persönliches Verdienst. Natürlich kann man es sich bequem machen und von vornherein nur das als berufliche Leistung und Fähigkeit ansehen, dass einer Karriere macht: Dann ist es notwendigerweise ‚Leistung‘, was sich in der kapitalistischen Berufswelt lohnt. Aber dann soll man doch gleich sagen, dass man sich den albernem Glauben nicht nehmen lassen will, wonach einer, der viel Geld verdient, es schon verdient haben wird!

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

farbeROT lädt zur Diskussion mit Redakteuren der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ein

Für alle, die offen gebliebene Fragen aus unseren Veranstaltungen diskutieren wollen, und für Leute, denen die in der Öffentlichkeit verbreiteten Argumente zu den Vorzügen und Sachzwängen unserer Wirtschaftsweise sowie zur deutschen Innen- und Weltpolitik nicht (mehr) einleuchten, bieten wir diesen Diskussionsstermin an.

Ort: Studierendehaus Campus Bockenheim
Jügelstraße 1, Frankfurt
Raum: K1, K2, K3 (erster Stock) oder K4 (zweiter Stock)
Zeit: jeweils Donnerstag, 19 Uhr
Termine: Termine, Themen und Raumänderungen werden zeitnah auf www.farberot.de veröffentlicht
Veranstalter: **farbeROT**
Informationen zu weiteren Städten auf www.gegenstandpunkt.com/sonstiges/jour-fixe

nung der marktwirtschaftlichen Berufswelt, dieses System, wonach Bequemlichkeit und Freiheit der Betätigung mit Einkommenssteigerung zusammenfallen, widerlegt ein solches ‚Leistungsdenken‘. Bei dem bleibt daher auch kein Anhänger des ‚Leistungsgedankens‘ stehen.

Von wegen Fähigkeit

Zur Rechtfertigung der Berufshierarchie – die jeder kennt, im Großen und Ganzen selbstverständlich findet und deswegen sowieso nie überprüft – wird der Gesichtspunkt der Leistung im banalen Sinn um ein zweites Kriterium ergänzt, das von der Idee der Leistungsgerechtigkeit genau genommen überhaupt nichts übrig läßt; aber wer nimmt es schon genau in dieser Frage. Die Vorstellung ist die, mit den Tausendern, die der eine mehr und der andere weniger verdient, würden die *Fähigkeiten* ho-

der im Rahmen seiner Möglichkeiten auch, besitzt also allemal die Fähigkeit dazu. Und dass es bei dieser Fähigkeit keine besonderen Qualitätsunterschiede gibt – sondern hauptsächlich bloß den Unterschied, wer alles auf das Kommando hört! –, das beweisen zu allem Überflus sämtliche Partei- und Betriebskarrieren von der übereifrigen Nachwuchskraft zum Spitzenmann. Im Grunde weiß sowieso ein jeder aus seiner beruflichen Lebenserfahrung, dass der Posten, an den einer gestellt wird, schon ganz von selbst für die Fähigkeiten sorgt, die es für ihn braucht. Denn im Wesentlichen handelt es sich dabei um Gewohnheiten: dass man sich auskennt und Routine entwickelt. In jenen viel bewunderten Berufen, in denen besondere – intellektuelle oder andere – Kunstfertigkeiten verlangt sind, also bei Chirurgen, Dichtern & Denkern, Ministern, Nobelpreisträgern usw. ist das überhaupt nicht anders: Die dauernde Befassung mit immer demselben beruflichen Stoff macht den Könnern. Eben deshalb ist auch in

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-17

Wer verdient warum wie viel?

Gegen den Moralismus in der Einkommensfrage

Die Frage der Gerechtigkeit der Einkommen bzw. der enormen Unterschiede zwischen dem Verdienst etwa eines einfachen ‚hart arbeitenden Menschen‘ und dem eines ‚Spitzenmanagers‘ gehört zu den gern gewälzten Themen öffentlichen und privaten Rasonierens. Die Antwort landet – nicht nur, aber vor allem bei den ‚kleinen Leuten‘ – gewöhnlich bei den immergleichen Beschwerden über die Ungerechtigkeit der Einkommenswelt, die eigentlich nicht sein dürfte. Die eiserne Gewissheit, dass das Geld, das einer verdient, Ausdruck seiner durch Leistung erworbenen Verdienste, wenn schon allzu häufig nicht *ist*, so doch eigentlich sein *sollte*, ist ein Fehler.

Mit der ausführlichen Kritik dieses Fehlers ist die Aufklärung, was die bunte Welt der Einkommen wirklich bestimmt, freilich noch nicht geleistet. Soviel ist immerhin unübersehbar, dass sie sich insgesamt sehr einsinnig sortiert in die, die mit Einkommen aus abhängiger Arbeit zurecht kommen müssen, und ‚die Wirtschaft‘, d.h. diejenigen, die mit dem geschäftlichen Umgang mit Geld ihr Geld verdienen. Der Erklärung, wie letztere wirtschaften, widmet sich der GegenStandpunkt mit einer in diesem Heft eröffneten systematischen Analyse der herrschenden und alle Verhältnisse bestimmenden Wirtschaftsweise:

Das System der freien Konkurrenz und sein Inhalt

erklärt, *wie* kapitalistische Unternehmen *ihr* Einkommen schaffen, indem sie in Konkurrenz gegeneinander die Vermehrung ihres Vermögens betreiben. Wie sie bei ihrer Produktion für den Kampf um den Markt die Lohnarbeit als Geschäftsmittel einsetzen und kalkulieren, kommt dabei auch zur Sprache. So klärt sich, dass es nicht die fehlende Entsprechung zwischen Anstrengungen und Qualifikation der Beschäftigten und ihrem Entgelt, sondern die eigentümliche *Beschaffenheit der Erwerbsquelle* ist, mit der die moderne Menschheit, die *Lohnarbeit* zu ihrem *Beruf* hat, sich die Nöte und Sachzwänge eines fort dauernden Lebenskampfes einhandelt: Ihre Erwerbsquelle lebt von dem Gebrauch, den *Kapitalisten* vom Arbeitsvermögen und Leistungswillen der Lohnabhängigen machen. Erklärt werden ferner Eigenart und Leistung der Instanzen des *Geld- und Kreditverkehrs*, die aus dem Umgang mit dem Geld als Geschäftsmittel und -zweck ihr eigenes Geschäft machen. Die Auskünfte über deren dienstbare Geschäfte räumt ganz nebenbei auf mit der Scheidung in gute ‚produktive‘ Kapitalisten auf der einen und zweifelhaftes finanzkapitalistische ‚Spekulanten‘ auf der anderen Seite. Auch der *Staat* wird notwendigerweise abgehandelt: als die unerlässliche Gewalt, die nicht nur die Gültigkeit des Geschäftsmittels garantiert, sondern die Interessen der Klasse mit dem Beruf der Geldvermehrung überhaupt zur Lebensbedingung der gesamten Gesellschaft macht. Schließlich werden die einschlägigen *weltanschaulichen Leistungen* gewürdigt mit denen Nutznießer und Betroffene, die politische Herrschaft und ihre politisierte Öffentlichkeit samt den einschlägigen Wissenschaften die Konkurrenz der Kapitalisten unter dem Titel ‚Marktwirtschaft‘ als einzig menschengemäße Art und Weise, das gesellschaftliche Leben zu organisieren, ideologisch rechtfertigen.

Im Anschluss an die von Marx in „*Das Kapital*“ abgehandelten *Bewegungsgesetze des Kapitals* schließt der GEGENSTANDPUNKT mit dieser systematischen Erklärung der *Konkurrenz der Kapitalisten* eine Lücke kommunistischer Theorie; sie ist für die Kritik der herrschenden Verhältnisse sowie für die Kritik und Agitation der Adressaten ebenso unerlässlich wie die schon veröffentlichten Abhandlungen ‚Der bürgerliche Staat‘ und ‚Imperialismus‘.

Als Auftakt der schrittweisen Veröffentlichung der gesamten Ableitung erscheint in diesem Heft das erste Kapitel: *Die elementaren Bestimmungen des kapitalistischen Geschäfts*.

„America first!“ in Aktion – und die ersten Wirkungen

I. Trump sagt den Klimawandel ab:

Der neue Leitfadens für die globale Energiepolitik

Mehr als ein halbes Jahr nach dem Wahlsieg und Amtsantritt Donald Trumps steht fest: Die von den ostatlantischen Freunden transatlantischer Freundschaft und kundigen Anhängern demokratischer Werte zunächst gehegten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, dass Trumps Ankündigungen einer außenpolitischen Wende für die USA sich nach der Wahl als der übliche, zwecks Wahlkampf verlogene aufgebaute Schein entpuppen, dem Wähler würden irgendwelche wirklichen Alternativen zur Entscheidung vorgelegt. Der Neue meint es ernst, und er macht Ernst mit seinem Standpunkt „America first!“. Endgültig durchgesetzt hat sich diese Erkenntnis, als Trump offiziell erklärt hat, den Klimaschutz-Vertrag von Paris zu kündigen.

II. Trump macht sich an die Renovierung der europäischen Energieversorgung

Mit dem diplomatischen Zeremoniell in Warschau leistet sich der amerikanische Präsident einen kalkulierten Affront gegen Europa und Deutschland, indem er als erstes nicht bei einer der Führungsmächte aufläuft, sondern im „euroskeptischen“ Polen. Zweitens platziert er seine große Rede vor dem Denkmal, das an den Warschauer Aufstand gegen Deutschland erinnert, hält dort eine Eloge auf die Gastgeber nation, deren unstillbaren Freiheitsdurst und eine amerikanisch-polnische Wertegemeinschaft, die aus Chopin, dem lieben Gott und dem Warschauer Aufstand neue Bombengeschäfte mit Waffen und Energie ableitet. Drittens beehrt er dann auch noch die polnisch-kroatisch initiierte Drei-Meere-Initiative, eine Ansammlung von Oststaaten, die sich in der EU nicht gut bedient finden, plus Österreich, mit einer Rede und einem guten Angebot – das alles mit der unübersehbaren Absicht, wie die verärgerte deutsche Presse notiert, „die inneren Spannungen und Risse Europas zu instrumentalisieren“.

III. Europa ringt um seine Antworten auf Trumps Amerika

Am Ende derselben Woche, in der Trump den Ausstieg der USA aus ‚Paris‘ bekannt gibt, und wenige Stunden nach seinem Besuch in Warschau steht turnusgemäß der G20-Gipfel auf der Tagesordnung, diesmal ausgerichtet von der Bundesrepublik Deutschland in Hamburg. Alle einschlägig Interessierten warten angespannt darauf, ob und wie sich „America first!“ mit dem „Format G20“ vereinbaren lässt.

IV. Die Eröffnung neuer Perspektiven für Polen dank Trump

Polen bildet den ersten exemplarischen Fall für die Kollision zwischen dem deutschen Euro-Imperialismus und der neuen amerikanischen Linie: Die Subsumtion Osteuropas unter das deutsch-europäische Großmachtprojekt, das sich die Staatenwelt zurecht macht und dabei auf der Potenz der Einheit namens „der Westen“ basiert, kollidiert mit dem Standpunkt der USA, denen dieses gemeinsame Fundament keine Beachtung mehr wert ist, die es praktisch aufkündigt. In dieser neuen Lage, in der „der Westen“ keine Verbindlichkeit mehr besitzt, besteht die eigentliche Brisanz der Sache, während die von der polnischen Führung vor allem als eine unerwartete Gelegenheit für ihre Emanzipationsbestrebungen wahrgenommen wird. Ebenso richtet sich der Blick von Deutschland in erster Linie darauf, dass es in seinem Anspruch auf ungehinderte Verfügungsmacht über die angegliederte Staatenwelt im Osten gestört wird.

Wahlkampf und Wahlwerbung Eine Ansammlung von Argumenten gegen das Herzstück der Demokratie

Alle paar Jahre findet das demokratische Hochamt der Bundestagswahl statt. Dieses Jahr ist es wieder so weit: Die Parteien machen sich an die als Wahlkampf bekannte Aufgabe, die Wahlberechtigten zu betören. Mit ‚Sachthemen‘, öffentlichen Auftritten und Wahlplakaten präsentieren sie sich als jeweils bessere Führer der Nation. In Konkurrenz gegeneinander bieten sie dem Wähler Gesichtspunkte an, warum er ihnen seine Stimme geben soll – und zwar nach der immer gleichen verkehrten Logik, mit der die Herrschafts aspiranten die privaten Anliegen ihrer Untergebenen für sich einzunehmen versuchen.

Ein Blick in den Frühsommer des Superwahljahres Völker tun das Richtige – geht doch!

Entgegen dem schlechten Ruf, unter dem Völker noch zu Beginn des Jahres angesichts von Trump, Brexit und eines durch Europa ziehenden rechten Ungeistes standen, weswegen es als mindestens prekär galt, ihnen die Schicksalsfrage ihrer Herrschaft zu überlassen, wird ihnen im Frühsommer überwiegend bescheinigt, das ‚Richtige‘ zu tun.

„Honesty first!“

Trump renoviert die moralischen Standards demokratischer Herrschaft

Das Betriebsrentenstärkungsgesetz:

Ein Etappensieg im Kampf des Sozialstaats für ein Leben im Alter

Kleine aber feine Fortschritte deutscher Tarifpolitik

Das ‚Potsdamer Modell‘

Der Tarifvertrag der IG Metall zur Zeitarbeit

Der aktuelle GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort im Buchhandel oder beim Verlag erhältlich.

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Druckausgabe: 15 € - ISSN-Nr. 0941-5831 - E-Book (pdf, epub, mobi): 10 €

Bestellung beim Verlag und weitere Infos zur Zeitschrift: gegenstandpunkt.com/publikationen/zeitschrift

Ältere Ausgaben sind auf www.gegenstandpunkt.com frei recherchierbar.

Von wegen ‚jedem das Seine!‘

Für diesen dogmatischen Kurzschluss, der schlicht die Ergebnisse der Konkurrenz für heilig und gerecht erklärt, weil sie die Ergebnisse der Konkurrenz sind, stellt die Wissenschaft von der Volkswirtschaft noch ein anderes theoretisches Hilfsmittel bereit. Nach ihrer Theorie des Volkseinkommens erhält nämlich ein jeder, absolut leistungsgerecht, haargenau das – gewissermaßen ‚zurückertattet‘ –, was er mit seinem Job als Kellner oder Kanzler, Soldat oder Seemann, Professor oder Politiker zur nationalen Wirtschaft, dem Bruttosozialprodukt, beisteuert. Wer seine zwei Tausender im Monat bekommt, kriegt damit also zugleich bescheinigt, was für ein kleines Licht er ist, volkswirtschaftlich. Zwanzig Tausender pro Monat oder Woche sind ebenso für den, der sie einstreicht, die Bestätigung, dass nicht bloß er ärmer wäre ohne seinen Job, sondern die Nation, und zwar um genau diese Summe.

Und woher weiß die Wissenschaft das so genau?

Jedenfalls nicht aus einer sachlichen Bestandsaufnahme der Arbeitsteilung in der nationalen Ökonomie, einer Begutachtung der Wichtigkeit aller einzelnen Funktionen darin und einer Umrechnung dieser Wichtigkeit in ein passendes Einkommen. Solche Kalkulationen finden nirgends statt; auch nicht ‚eigentlich‘; in den Lohnbüros nicht und noch nicht einmal in volkswirtschaftlichen Seminaren. Wollte man etwas Derartiges versuchen, stände man sofort vor unlösbaren Schwierigkeiten: Wie wäre denn die Wichtigkeit von, sagen wir, einem Elektriker, einem Friseurmeister und einem Manager zu veranschlagen? Und welche Summe wäre die angemessene? Am ehesten käme man noch zu dem Ergebnis, dass in einer durchrationalisierten modernen Fabrik kein Elektriker fehlen darf und auch sonst kein Lohnarbeiter, wohingegen am Gebrauchswert eines Chefs gewisse Zweifel erlaubt sein müssten; und spätestens dann würde die Untersuchung abgebrochen.

Die selbstsichere Gleichsetzung des individuellen Beitrags zum und des individuellen Ertrags aus dem Nationalprodukt entstammt denn auch einer ganz anderen Quelle, nämlich der volkswirtschaftlichen Rechnungsweise, die im Sozialprodukt alles zusammenzählt, was so übers Jahr für Güter und Dienstleistungen gezahlt wird – und in diese Summe gehen alle erzielten Einkommen von vornherein als konstitutive Größen mit ein: die Honorare für Minister, Künstler, Soldaten usw. ganz unmittelbar als Preise für deren hervorragende Dienstleistungen, die Löhne und Gehälter der andern und sogar die Gewinne der Reichen als Bestandteile der Warenpreise. Das Bruttosozialprodukt wird in der Sache aus den Summen, die verdient werden, zusammengezählt; was einer bekommt, wird als sein Beitrag zum Gesamteinkommen verbucht. Nichts leichter, als diese Gleichung umgekehrt zu lesen, und schon steht fest: Jeder bekommt, was er beigetragen hat. Was zu beweisen war.

Dummerweise lässt sich so natürlich alles genauso gut eine Viertelmillion Jahresgehalt für einen Straßenfeger und zwei Tausender im Monat für einen Bundeskanzler ‚begründen‘, wenn das deren tatsächlich ausgezahlte Einkünfte wären; denn dann wären eben das die Beiträge der Straßenfeger und des Regierens zum Bruttosozialprodukt. Aber glücklicherweise macht das nichts: Die Sachverständigen der Volkswirtschaftslehre brauchen die Einkommen ja nicht erst festzusetzen; es gibt sie schon. So können sie gar nichts falsch machen mit ihrer Theorie. Sie verpassen bloß haargenau der Einkommensverteilung, die gerade gilt, ihren wissenschaftlichen Segen.

Und damit macht diese Wissenschaft gar nichts anderes als jeder kluge Kopf, der von den Einkommensunterschieden in der Marktwirtschaft eine im Prinzip gute Meinung hat und wissen will, dass Gleichmacherei natürlich überhaupt nicht geht. Es wüsste ja wirklich gar niemand zu sagen, welche Summen oder wenigstens welche Unterschiede die angemessenen wären für einen Elektriker, einen Friseur-

meister und einen Manager, wenn diese Summen und Unterschiede wirklich erst gefunden und gerecht abgeleitet werden müssten. Wer nach der gerechten Zumessung von Armut und Wohlstand sucht, der wäre total aufgeschmissen – wenn es die verschiedenen Einkommen nicht längst gäbe und sich nicht jeder daran gewöhnt hätte, dass Elektriker in die und die Lohngruppe gehören, Unternehmer eine Extraklasse für sich bilden und Friseurmeister irgendwo dazwischen liegen; alles übrigens aus ökonomischen Gründen, die mit gerechter Verteilung so wenig zu tun haben wie der Papierpreis mit einem Gedicht. Weil es die unterschiedlichen Einkommen aber gibt und jeder sich an sie gewöhnt hat, soll auch schon klar sein, wo ein jeder Beruf so in etwa hingehört auf der Einkommenskala – gerechtkeitsmäßig! Am Ende denken alle: Jedem das Seine! und merken gar nicht mehr, dass sie mit diesem altherwürdigen Unsinn bloß genau der Armut und der Wohlstandsverteilung zugestimmt haben, die praktisch gilt, und zwar aus keinem besseren Grund als dem: weil sie praktisch gilt.

Die Idee der Einkommensgerechtigkeit: alles andere als eine Einkommensquelle!

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Das Bemühen, einen überzeugenden allgemeingültigen Gesichtspunkt für die marktwirtschaftlich üblichen Einkommensunterschiede zu benennen, zeigt nur eins: Ein solches Prinzip gibt es nicht. Die Suche danach ist falsch und führt zu nichts.

Aber die Idee ist unverwundlich. Und zwar aus einem einfachen Grund: Man braucht sie ja gar nicht einzulösen, also einen Maßstab aufzustellen und mit seiner Hilfe dann eine passende Einkommensverteilung zu erfinden. Mit der Idee im Kopf geht jeder von der Einkommensverteilung aus, die es gibt, wenn er sich ans Problematisieren macht: Kriegt der eine zu viel? Bekomme ich zu wenig? Geht die Einkommenshierarchie insgesamt in Ordnung? Oder muss irgendein Gesichtspunkt etwas mehr beachtet werden? Sollten vielleicht die Reichen etwas ärmer und die Armen ein wenig reicher werden? Oder lieber umgekehrt? Wer so fragt, der stellt gar nichts in Frage, noch nicht einmal theoretisch. Der will gar nicht wissen, warum wer wie viel verdient. Der richtet im Grunde nur um eins: Ob man, und vor allem er selbst, mit dem Geld, das dieser und jener und er selbst bekommt, zufrieden sein muss – nicht weil es lang, sondern weil er die Abstufungen und Unterschiede beim Geldverdienen gerechtkeitsmäßig plausibel finden kann. Oder ob und wie sehr man unzufrieden sein darf – nicht weil den meisten das Leben schwermacht wird, sondern weil Armut und Reichtum gelegentlich den Falschen treffen.

Das ist auch da nicht anders, wo Menschen antreten, die im Namen des Ideals gerechter Verteilungsverhältnisse die wirklichen Einkommen insgesamt zurechtrücken wollen. Die Reichen bescheidener, die Armen besser stellen: Das ist geradezu zum Kennzeichen linker Opposition und zum Inbegriff ihrer Kapitalismuskritik geworden. Und hat mit Kritik an der kapitalistischen Ökonomie überhaupt nichts zu tun. Solche Verbesserungsvorschläge im Namen der Gerechtigkeit wollen von der Ökonomie, also von den objektiven Gründen und Systemnotwendigkeiten, aus denen die einen in Geld schwimmen und die meisten von diesem Stoff zu wenig haben, ausdrücklich nichts wissen. Schon dieses bisschen Theorie ist den linken Weltverbesserern immer zu unpraktisch und weltfremd vorgekommen. Zweifellos viel besser stehen sie mit ihrer Gretchenfrage an die marktwirtschaftliche Einkommenshierarchie: gerecht oder ungerecht? da. Denn diese Frage stammt von einem ganz und gar bürgerlichen Grundsatz ab: dem Gebot der Gleichheit, der Gleichbehandlung der Bürger durch das Gesetz und die rechtsstaatliche Gewalt. Dieses Prinzip des bürgerlichen Staates haben Linke in ihrer Rührung über das kapitalistische Elend und im Geiste einer wirklich gerechten Heimat bloß ein wenig übertrieben, nämlich so, als müssten auch noch Armut und Reichtum unter

den Oberbefehl eines vom Staat verordneten Lastenausgleichs fallen. Dieser kleine Verstoß gegen den wirklichen Aufgabenkatalog der bürgerlichen Staatsgewalt ist aber nicht weiter schlimm. Denn im Namen desselben Grundsatzes der fairen Gleichbehandlung aller lassen sich die Linken mit ihrer Übertreibung auch immer wieder in ihre systemgemäßen Schranken weisen. Auch sie huldigen dem Lehrsatz ‚Jedem das Seine!‘ und lassen sich durch die Verhältnisse, die es ‚nun einmal‘ gibt, darüber belehren, wie viel ‚das Seine‘ bei Lohnarbeitern und Staatssekretären, Unternehmern und Paketboten so ungefähr jeweils ist. Deswegen sind auch sie gegen Gleichmacherei in der Einkommensfrage, finden nur manche Differenzen fehl am Platz und andere zu groß. Und auch das findet manch ein Gesinnungsgenosse jenseits des linken Lagers noch allzu ungerecht; dieselben Ideale einer angemessenen Entlohnung individueller Beiträge taugen ebenso dazu, Forderungen nach ‚Umfairteilung‘ als unfair zurückzuweisen. Und damit ist alles beieinander, um auch auf höchster politischer Ebene darüber zu rechten, ob das Volk jetzt verwöhnt ist oder schon noch ein bisschen Recht aufs Meckern hat.

Zur (Un-)Gleichung zwischen Verdienst und Verdienst

Warum verdient ein Zahnarzt, was er verdient? Er selbst mag davon überzeugt sein, dass es am Handwerk liegt, das er so gut beherrscht. Die Wahrheit ist das nicht. Es liegt an der Organisation des Gesundheitswesens, das ihm über die Kassen Honorare für seine Behandlungen zukommen lässt. Warum hinterzieht ein Fußballstar seine Steuern? Weil auch er meint, dass er mit seinen Anstrengungen im Beruf das viele Geld wert ist, das er verdient. Auch er liegt falsch. Dass ein paar Ausnahmspieler Spitzeneinkommen erzielen, kommt daher, dass sich der Staat gerne von Spitzensportlern repräsentieren lässt, eine ganze Industrie einen sportlichen Wettbewerb als ein monströses Geschäft aufzieht, und das Volk für Sternstunden seines Lokalpatriotismus massenhaft Eintrittspreise und Fanartikel bezahlt. Auch beim Straßenbahnfahrer ist nicht entscheidend, wie viel Geduld und Aufmerksamkeit er bei seinen Fahrten aufbringt und dass renitente Fahrgäste ihm den Tag versüßen. Was er verdient, wird zwischen der städtischen Verkehrsgesellschaft und seiner Gewerkschaft ausgehandelt. Und der besser bezahlte Pilot führt ihm vor, dass ein höheres Einkommen an der Stärke der Gewerkschaft hängt und die wiederum damit steht und fällt, wie auswechselbar das Personal im Cockpit ist. Wer das für Einzelfälle hält, die nur belegen, dass eigentlich ein Entsprechungsverhältnis zwischen den beruflichen Tätigkeiten und den mit ihnen erzielten Einkommen besteht oder wenigstens bestehen müsste, liegt erst recht falsch. In jedem Beruf muss zwar für das liebe Geld etwas getan werden. Die verschiedenen Verrichtungen der Berufstätigen sind allerdings nie der Grund für ihre Einkommen. Das lässt sich an allen Berufsgruppen studieren, die das kapitalistische Erwerbsleben prägen. Eine kleine Auswahl:

Grund- und Immobilienbesitzer müssen für ihr erlesenes Einkommen so manches tun. Wenn sie Grundstücke, Wohn- und Geschäftsräume verwalten, vermieten, bebauen, kaufen, verkaufen oder ihren anderen beruflichen Betätigungen nachgehen, bewirken sie allerdings nicht die Höhe ihrer Geldbezüge. Über die entscheidenden Größen ihres Geschäfts – Nachfrage und Angebot – bestimmen nämlich etliche Umstände, die sie nicht in der Hand haben – allen voran das Kapitalwachstum, das in der Region und d.h. in der dort stattfindenden Konkurrenz von Unternehmen insgesamt zustande kommt oder auch nicht. Ihre Aktionen auf dem Häuser- und Grundstücksmarkt sind Spekulationen auf eine hinreichend große Nachfrage, die sich auf ihr privates Stück Land richtet statt auf das ihrer Konkurrenten. Als würde dieser Berufsstand eingestehen wollen, dass er sich etwas vormacht, wenn er sich die Fähigkeit zum Erfolg in der Spekulation zugutehält, zählt zum Repertoire dieses Berufsstands der Übergang von der Umgarnung zur Bestechung von Bauamtsleitern und größten Interessenten, mit dem man sich hier den

Und wozu taugt das Meckern, das beleidigte Pochen auf die Idee der Einkommensgerechtigkeit?

Dazu, mehr Geld zu verdienen, taugt es jedenfalls nicht. Das gilt sogar für alle, für unzufriedene Arme wie für Wohlhabende, die meinen, sie könnten ruhig noch um einiges reicher sein. Wenn ein Unternehmer über ungerechte Vorteile der Konkurrenten klagt, dann muss er sie trotzdem erst noch besiegen und sich deren Markt erobern. Wenn ein mittlerer Beamter sich über vorenthaltene Beförderungen beschwert, muss er allemal erst noch eine Beförderung erwirken. Wenn Hilfsarbeiter über Hungerlöhne schimpfen, müssen sie erst noch Druck und ihrem Arbeitgeber Eindruck machen. Die Vorstellung, man habe doch Anrechte und Verdienste auf seiner Seite, hilft überhaupt nichts. Es kommt auf die ökonomischen Mittel an, die der eine oder der andere mit seinem jeweiligen Beruf in Händen hat, um seine Lage zu verbessern. Das ist die letzte und härteste, nämlich praktische Widerlegung des verkehrten Glaubens, beim Geldverdienen, ausgerechnet, käme es auf die gerechte Zumessung an.

Kauf und dort den Verkauf attraktiver Flächen sichert.

Dass Immobilien- und Grundbesitzer überhaupt ein Geschäft aus der gegebenen Nachfrage machen können, liegt erst recht nicht an ihrem Geschäftseifer oder an prognostischen Fähigkeiten. Was zur Geltung kommt, wenn sie Geld verdienen, ist ein Mittel der handfesten Art. Immerhin lebt jede ihrer Tätigkeiten davon, dass ihnen der Boden und das, was darauf steht, ausschließlich gehört und sie damit nach ihren Kalkulationen verfahren können. Eine Leistung, die ihre Kompetenzen allemal übersteigt. Der Staat hält mit seinem Katasteramt nicht einfach die bestehende Aufteilung des Landes unter Privatpersonen sowie ihre Veränderung durch Käufe und Verkäufe fest. Mit der Garantie des Eigentums und den dazugehörigen Zuschreibungen von Besitzansprüchen legt er überhaupt fest, dass die Grundlage jeglicher Produktion und Konsumtion eine Sache ausschließlichen freien privaten Verfügung ist. Die staatliche Garantie dieses Verhältnisses macht aus dem Umstand, dass der Eigentümer den Boden nicht für sich braucht, ein Angebot und aus dem gesellschaftlich vorhandenen Bedarf an Parzellen erst eine Nachfrage – die dementsprechend nur zählt, soweit sie zahlungsfähig ist. Wenn ein Grundeigentümer sich nur noch fragen muss, wie es um diese beiden Größen momentan und in Zukunft wohl bestellt ist, und darauf seine Geschäftsentscheidungen gründet, schmarotzt er von der Leistung des staatlichen Gewaltmonopols, das ihm von seinem interessierten Standpunkt aus einmal mehr als Behinderung und ein andermal mehr als Sicherheit seines sowieso bestehenden Rechts an dem Seinen gegen unbefugtes Betreten vorkommt. Er betätigt eine Einkommensquelle, die getrennt von seiner ehrenwerten Persönlichkeit existiert und ihm staatlich zugerechnet wird.

Wer sich die Mühe der geschäftlichen Anwendung seines Eigentums sparen will, muss in diesem Beruf nicht auf sein Einkommen verzichten. Jedenfalls nicht unbedingt. Wenn das Eigentum an einem abgegrenzten Teil der allgemeinen Lebens- und Geschäftsgrundlage groß und attraktiv genug ist, lässt sich ein Treuhänder engagieren, der es gegen eine Beteiligung an den Erträgen geschäftsförderlich einsetzt. Auch das ein kleiner Hinweis darauf, dass die Tätigkeit des Immobilien- und Grundstücksbesitzers zwar für das Einkommen nötig, aber die polit-ökonomische Macht des Eigentums über ein Stück Boden, den er im Gegensatz zu anderen nicht braucht, dessen Quelle ist.

Die weiteren Ausführungen zu **Landwirten, Start-ups, Unternehmensführern, Beamten und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst, Arbeitern und Angestellten** sind zu finden auf <https://de.gegenstandpunkt.com> und im GEGENSTANDPUNKT 3-17.